



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher B4884 - 83
Fernschreiber 0886890

P/XIV/274 - 2. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Kleine Geschichte großer Umfälle G. Markscheffel	79
3 - 4	Ulbrichts Schattenkampf gegen Ehemalige Wie üblich wurde die Wahrheit gefälscht Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant	68
5 - 6	Atomgesetz muß verabschiedet werden Vor der Atomdebatte im Bundestag Von Prof. Dr. Ludwig Ratzel, MdB	61
7	Antarktis-Abkommen als Modell? Eine erste atomwaffenfreie und international kontrollierte Zone	35

* * *
* * *

Kleine Geschichte großer Umfälle

G. Markscheffel

Der Konformismus im politischen Bereich ist jetzt in der Bundesrepublik schon so augenfällig geworden, daß man sich fragen muß, ob es sich hier um ein gesellschaftlich-politisches Phänomen handelt, um Angst vor der Macht, oder einfach um Gedankenlosigkeit. Jedesmal, wenn bisher eine namhafte Persönlichkeit der CDU etwas sagte, das ganz offensichtlich nicht den Vorstellungen des Bundeskanzlers entsprach, erlebte die deutsche Öffentlichkeit kurze Zeit danach den Umfall, eine neue Interpretation des Gesagten oder sogar die Beschuldigung an die Adresse der Presse, man sei "völlig falsch verstanden" worden.

Vor nunmehr fast zwei Jahren hatte Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier einmal die durchaus naheliegende Idee propagiert, die Problematik eines Friedensvertrages für Deutschland gewissenhafter als bisher zu erörtern. Die deutsche Öffentlichkeit atmete auf, weil hier endlich einmal ein maßgebender Repräsentant der CDU andere Perspektiven für die Behandlung der Deutschlandfrage aufzeigte als der Bundeskanzler. Kaum hatte sich die deutsche Presse dieses Themas bemächtigt, kaum hatte man begonnen, Gerstenmaier zu loben und ihn publizistisch zu unterstützen, da wurde es wieder still. Der Bundestagspräsident widerrief sich zwar nicht, er ließ das Thema jedoch fallen, so daß es in Vergessenheit geriet. Niemand hat jemals von ihm erfahren können, warum er so schnell bereit war, aufzugeben ...

Auf dem Höhepunkt der partei-internen Krise in der CDU um die Nachfolge des Bundespräsidenten Neuf, hervorgerufen durch die plötzliche Sinneswandlung des Bundeskanzlers, stieg die Popularität des Bundeswirtschaftsministers Prof. Erhard kometenhaft in die Höhe. Aber Erhard wurde vom Kanzler als "ungeeignet" bezeichnet. Der zu tiefst Verletzte, in seiner Würde und in seinem Stolz gekränkte Mann lehnte sich auf. Im Fernsehen erklärte er, er werde sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Die deutsche Presse sekundierte ihm; sie nannte ihn einen "aufrechten Mann". Es bedurfte nur einer Unterhaltung mit dem Bundeskanzler, da fiel der aufrechte Mann um. Er legte den Gloriolenschein des Widerstandskämpfers ab und erinnerte sich plötzlich nicht mehr an die Schwüre, die er Parteifreunden gegeben hatte. . .

Auch ein anderer hatte geschworen, er werde dem Kanzler Paroli bieten. Das war der Ministerpräsident des größten und reichsten deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers. Er wollte zusammen mit seinem Parteifreund Peter Altmaier von Rheinland-Pfalz "auf die Barrikaden gehen", um die Kulturhoheit der Länder gegenüber den Totalitätsansprüchen des Bundes, genauer gesagt, des Bundeskanzlers, retten. Meyers und Altmaier fanden den Beifall der deutschen Öffentlichkeit. Endlich - so sagte man - wird der Bonner Kamarilla die Stirn geboten.

Es verlautet, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer kurz vor dem Parteitag der nordrhein-westfälischen CDU in Düren mit Meyers "ein ernstes Wort" gesprochen habe. Niemand weiß - außer den Beteiligten -, wie dieses "ernste Wort" lautete. Aber ehe der Hahn dreimal gekräht hatte, war Meyers umgefallen. Der Schatten Bonns war über ihn gekommen, er verhüllte sein Haupt und vergaß den Rüttelschwarz, den er wenige Tage zuvor mit stolzgeschwellter Brust ob seines eigenen Mutes der Tyranis geschworen hatte..

Der vorläufig letzte Fall in der Serie der Umfälle prominenter CDU-Politiker betrifft den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer. Dieser Mann hatte in der vergangenen Woche auf der großen Tagung des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" in Berlin wider der Stachel gelockt, als er unter rauschendem Beifall im Blick auf die falsche Politik der Bundesregierung in der Frage der Olympiaflagge erklärte:

"Mir ist das wichtigste, daß die deutsche Sportjugend in einem Block vor der Olympiade einmarschiert. Und kommen wir doch nicht mit einem falschen Prestige, wir sind ja gar kein Deutschland, wir tun so, als ob wir es wären".

Wieder stimmte ein großer Teil der deutschen Presse dem Manne zu, der es wagte, gegen die falsche Politik der Bundesregierung öffentlich Stellung zu nehmen. Aber kurz darauf erfuhren wir, man habe Lemmer "fälsch verstanden", er habe das in Berlin Gesagte "nicht so gemeint" ...

Was ist eigentlich in dieser Bundesrepublik los? Gibt es eine Macht, die Fäden zieht, die Männer zu Marionetten werden läßt und die überall dort spürbar wird, wo eigenes Denken zum Durchbruch kommt? Gerstenmaier, Erhard, Meyers, Lemmer - das sind die bekanntesten Fälle. Wie viele Umfälle gibt es noch, die nicht bekannt werden? Machen sich hier Einflüsse geltend, die nicht sichtbar sind, die nicht erfaßt werden können durch eine offene Diskussion, wie sie in einer wirklichen Demokratie notwendig wäre? Ist die deutsche Politik schon wieder einmal nur auf einen Mann abgestellt? Es muß wohl so sein, denn wie wollte man sonst erklären, was bisher alles in der deutschen Politik ungeklärt geblieben ist?

Ulbrichts Schattenkampf gegen Ehemalige

Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant

Wie wenig streng es die Kommunisten mit der Wahrheitsliebe nehmen, wenn sie glauben, irgendein "Material" gefunden zu haben, das sie als Aufhänger für die Ulbricht-Propaganda verwenden könnten, ist bekannt. Mit Vorliebe benutzen sie dabei als "Beweismaterial" Vorgänge aus fernen Ländern, die im allgemeinen nicht nur die Leser in Ostdeutschland, sondern auch Zeitungsredaktionen aus der Bundesrepublik kaum überprüfen können. In einem konkreten Fall, der von der Ostberliner Presse aufgegriffen wurde, hatte dieses kommunistische Manöver aber kurze Beine.

Der Ostberliner "Morgen" brachte vor einiger Zeit einen politischen Kommentar über reaktionäre Tendenzen, die in der deutschen Kulturarbeit im Ausland festzustellen sind. Er berief sich dabei besonders auf den Konflikt, der in deutschen Kreisen in Mexico City ausgetragen wurde, und über den die Münchener Zeitschrift "Die Kultur" ausführlich berichtet hatte. Die Vorgänge in Mexico City, die insbesondere um das öffentliche Wirken und die Zusammensetzung der Leitung des Deutsch-Mexikanischen Kulturinstituts spielten, und bei denen der Kulturattaché der bundesrepublikanischen Botschaft eine unliebsame Rolle spielte, haben in der Tat peinliche politische Aspekte. Insbesondere verteidigten die konservativen Elemente aus der dortigen deutschen Kolonie ihre "angestammte" Führerstellung gegen die Forderungen der unzufriedenen Mitgliederschaft mit Hilfe von wenig demokratischen Mitteln, die hier deutlich an die kaum überwundene deutsche Vergangenheit erinnerten. Offensichtlich begünstigt der notwendige landsmannschaftliche Zusammenhalt im Ausland - da er oft in Form einer nationalen Absonderung und Selbstisolierung als "deutsche Kolonie" verwirklicht wird - in einem starken Maße alle konservativen Tendenzen. Denn die Menschen leben nicht in dem Deutschland, wie es ist, sondern in einer Vorstellungswelt, die bei ihnen als Erinnerungen aus der Vergangenheit nachwirkt und weiter gepflegt wird. So kommt es beispielsweise, daß in der Weimarer Republik das Gros der Auslandsdeutschen an den Sympathien für den Kaiser festhielt.

Auch die Nazitraditionen sind im auslandsdeutschen Milieu besonders zäh und langlebig. Der Druck dieser überlieferten nationalistischen Stimmungen und der im Hintergrund weiterwirkenden "Ehemaligen" ist jeweils unter den Auslandsdeutschen besonders bei politischen Fragen fühlbar und allen gegenwärtig.

Statt von diesen sachlichen Zusammenhängen abzugehen, konstruiert nun der ostdeutsche Bericht mit großer Phantasie ein Bild vom direkten Zusammenwirken der bundesrepublikanischen Vertretung in Mexico City mit den Nazis. Um diese Konstruktion glaubhaft zu machen, wird sie mit einigen "konkreten" Angaben belegt, die aber ebenfalls aus einer Mischung von richtig wiedergegebenen Details und frei erfundenen Zusätzen bestehen. So wird beispielsweise die konservative Führungsgruppe aus dem Deutsch-Mexikanischen Kulturinstitut, weil es sich so besser macht, zeitlich und örtlich in einem Zusammenhang gebracht mit einer Demonstration auf dem deutschen Friedhof in Mexico City, die ein Jahr vorher stattfand. Daß die Unverbesserlichen dort einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife "Für die Helden und Märtyrer von Nürnberg" niederlegten, erscheint in der kommunistischen Version in Wirklichkeit nicht mehr als eine Demonstration der Nazis, sondern als ein Bekenntnis der konservativen Elemente zu den Kriegsverbrechern von Nürnberg. Und die Gegendemonstration des Botschafters von Walther, der fluchtartig den Friedhof verließ und dann auch in der mexikanischen Presse von dieser Provokation abrückte, wird in der Ostberliner Aufmachung verschritzt so umgedeutet, daß die Kranzniederlegung im "Beisein des Bonner Botschafters" stattgefunden habe.

Es fällt bei dieser ostdeutschen Version auf, daß die wirklichen Nazis nicht angegriffen werden. Es ist wohl ein Stück bertückelter Ulbricht-Linie, daß man die wirklichen Nazis unter den Auslandsdeutschen schont, um sie sich für einen morgigen Tag warm zu halten. Es sind bei Ulbricht-gezug Spezialisten am Werk, die aus eigener Erfahrung gut verstehen, wie man eine neue Umschaltung vorbereitet. Entsprechend führt man den angeblichen Kampf gegen die Nazis so, daß man je nach Bedarf und Konjunktur andere unliebsame Elemente stellvertretend zu Nazis ernannt.

Atomgesetz muss verabschiedet werden

Von Prof. Dr. Ludwig Ratzel, MdB

Das Atomgesetz hat eine lange und dornenvolle Geschichte. Bereits am 2. Juli 1957 sollte es verabschiedet werden, scheiterte aber, weil 44 CDU-Abgeordnete bei der Abstimmung über die notwendige Grundsatzergänzung sich der Stimme enthielten. Dem dritten Deutschen Bundestag wurde im Januar dieses Jahres ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem bereits über zwölf Monate zuvor die SPD einen Initiativentwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes eingebracht hatte. Die Verabschiedung eines Atomgesetzes wurde von Monat zu Monat dringender, und zwar von allem aus zwei Gründen. Die Verwendung radioaktiver Isotope hat in der Bundesrepublik während der letzten Jahre ständig zugenommen, eine gesetzliche Regelung des Strahlenschutzes ist deshalb unbedingt erforderlich. Die Euratom-Mindestnormen für den Gesundheitsschutz wurden von den zuständigen Instanzen bereits vor einem Jahr verabschiedet, konnten aber wegen des fehlenden Atomgesetzes bisher in der Bundesrepublik keine Anwendung finden.

Der andere Grund, weshalb wir die Verabschiedung des Atomgesetzes nicht mehr länger hinausschieben können, ist darin zu erblicken, dass der Karlsruher Forschungsreaktor (FR 2) kurz vor der Vollendung steht; dasselbe gilt für den kleinen Leistungsreaktor in Kahl am Main. Bevor diese Reaktoren kritisch werden, müssen die im Atomgesetz enthaltenen Schutzbestimmungen und vor allem auch die Haftungsbestimmungen geltendes Recht sein. Aus diesen Gründen kann eine weitere Verzögerung der Verabschiedung des Atomgesetzes nicht länger verantwortet werden. Wenn die SPD trotz schwerwiegender Bedenken dem Atomgesetz ihre Zustimmung gibt, so tut sie das aus dem Gefühl der Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung und im Hinblick darauf, dass ohne die baldige Verabschiedung eines Bundesatomgesetzes der Aufbau der deutschen Atomwirtschaft zum Erliegen käme.

Der vorliegende Entwurf eines Atomgesetzes entspricht, was die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung angeht, weitgehend den

gestellten Anforderungen. Aufgabe der Bundesregierung muss es sein, alsbald eine Strahlenschutzverordnung vorzulegen, wobei auch die Mindestnormen von Euratom für den Gesundheitsschutz zu berücksichtigen sind. Die SPD weist aber an dieser Stelle erneut darauf hin, dass alle Bemühungen um den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren der friedlichen Verwendung der Kernenergie nur dann einen Sinn haben, wenn die Atomwaffenversuche endgültig eingestellt werden.

Die Bundesregierung steht auf dem Standpunkt, dass der Aufbau der deutschen Atomwirtschaft auf privatwirtschaftlicher Basis erfolgen soll. Die SPD ist im Gegensatz dazu der Auffassung, dass der im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie notwendige Aufbau der Atomwirtschaft nur möglich ist, wenn die öffentliche Hand die Führung übernimmt. Das ist in allen fortgeschrittenen Industrieländern der Fall, auch in den USA. Der Vorsitzende des Atom Ausschusses im amerikanischen Senat, Anderson, erklärte hierzu: "Ich glaube, dass dieser Vorfall die Irrigkeit der Vorstellung demonstriert, die Privatindustrie könne die technische Leitung und Finanzierung des Baues fortgeschrittener Reaktoren übernehmen. Ich hoffe, dass die AEC und gewisse Kreise der Industrie ihre Einstellung angesichts dieser Erfahrung revidieren". Diese Hoffnung haben wir auch für die Einstellung der Bundesregierung.

Es geht nicht an, dass die öffentliche Hand alle Risiken beim Aufbau dieser neuen Technik übernimmt, aber sonst keinerlei Einfluss ausüben kann. Im vorliegenden Entwurf eines Atomgesetzes ist bei den hierfür massgebenden Paragraphen 7 und 9 ein Kompromiss zwischen dem Bundesrat und der SPD auf der einen Seite und der Bundesregierung und der CDU auf der anderen Seite zustande gekommen. Wir glauben, dass deshalb das Atomgesetz am 8. Dezember endlich verabschiedet werden wird. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass nunmehr der Aufbau der deutschen Atomwirtschaft zügig voranschreiten wird, im Interesse der Existenzsicherung unseres Volkes.

Antarktis-Abkommen als Modell ?

sp - Die im Vergleich zu anderen internationalen Verhandlungen nur kurze Spanne Zeit von sieben Wochen haben die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Grossbritannien, Frankreich, Argentinien, Belgien, Chile, Japan, Neuseeland, Norwegen und Südafrika gebraucht, um einen Vertrag zustandezubringen, der nicht nur das Verbot von Atomwaffenversuchen in der Antarktis (Südpol-Region) festlegt, sondern auch ein ganzes Dispositiv von Verboten für die Einrichtung von Militärstützpunkten enthält. Das Ganze wird mit einer Vereinbarung über Kontrollmassnahmen gekrönt, die es den Vertragsteilnehmern gestatten, zu jeder Zeit und an jedem Punkt die Vereinbarungen zu überprüfen.

Gewiss, die Antarktis ist weit entfernt von den Brennpunkten des Ost-West-Gegensatzes, aber im Zeitalter der Raketentechnik hat auch diese Region bereits grosse strategische Bedeutung. Man geht wohl daher nicht fehl in der Annahme, dass dieses Abkommen vielleicht bald zu einem Modell für andere Vereinbarungen über die Schaffung atomwaffenfreier Zonen werden könnte. Zum ersten Male ist damit auch der Begriff der Neutralisierung eines möglichen Gefahrenherdes in die praktische Politik eingeführt worden, ohne dass es dabei wie in Deutschland, Korea und Indochina zu einer Teilung in Interessenssphären kam.

Die Einigung konnte erzielt werden, nachdem die Sowjets in der vergangenen Woche überraschend den sehr komplizierten im Vertrag vorgesehenen Kontrollmassnahmen zugestimmt hatten. Auch hier ist insofern ein neues Element zu verzeichnen, als es gerade die Sowjets sind, die bei den Genfer Verhandlungen über den Stopp von Atomwaffenversuchen bei der Erörterung praktischer Kontrollmassnahmen die grössten Schwierigkeiten machen.

Gewiss, es lässt sich im Augenblick keine direkte Parallele von dem Verhandlungsergebnis für die Antarktis zu ähnlichen erstrebenswerten Vereinbarungen in anderen Gebieten der Welt ziehen. Bei der Antarktis handelt es sich um ein menschenleeres Territorium, während bei allen anderen in Frage kommenden Regionen dichtbevölkerte Staaten mit einer zum Teil bedeutenden Industriekapazität die "Substanz" möglicher Vereinbarungen bilden würden. Aber doch bleibt die für die Antarktis angewandte Methode interessant genug, um sie bei kommenden internationalen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle als Empfehlung werten zu können.

+ + +